

## Internationaler Tag der indigenen Völker (9. August) Staudammprojekte für Wasserkraft bedrohen zehntausende Ureinwohner

Mehreren zehntausend Ureinwohnern in Asien, Afrika und Südamerika droht die zwangsweise Umsiedlung, weil auf ihrem Land Staudämme errichtet werden. Fischer und Kleinbauern verlieren ihre Existenzgrundlage. Chin, Shan und Karen in Burma, Adivasi in Indien, Himba-Ureinwohner in Namibia, Mursi und Kara in Äthiopien, Turkana in Kenia, Mapuche in Chile, Aymara und Ashaninka in Peru oder in freiwilliger Isolation lebende Indianer in Brasilien werden Opfer des Raubbaus an Natur und Mensch. Auch auf traditionell in Wäldern lebende Ureinwohner wird keine Rücksicht genommen. Nach Schätzungen der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) sind fast zwei Drittel der weltweit rund 6.500 indigenen Gemeinschaften, die mindestens 350 Millionen Angehörige zählen, von Waldzerstörung betroffen. So verschwinden Tausende Hektar Wald in den Fluten von Stauseen oder werden rücksichtslos gerodet, um den Bau von Großstaudämmen zur Energieerzeugung zu ermöglichen.

Oft wird diese bedingungslose Nutzung der Wasserkraft auch noch als beispielhafte Nutzung erneuerbarer Energie gepriesen, obwohl sie massiv Menschenrechte verletzt. Wasserkraft genießt einen guten Ruf als saubere Energie. Doch Stauseen setzen durch verrottende organische Substanzen vor allem in den Tropen wesentlich mehr Treibhausgase frei als Kohle- oder Gaskraftwerke. **Stauseen** sind für ein Viertel der vom Menschen verursachten Methangasemissionen verantwortlich und tragen etwa vier Prozent zu der vom Menschen produzierten Erderwärmung bei.

Einmal vertrieben, haben es Angehörige indigener Völker oft schwer, sich eine neue Existenz aufzubauen. So wurde erst im April 2010 für mehr als 3.500 Maya, die in **Guatemala** zu Beginn der 1980er Jahre durch einen Staudamm am Chixoy-Fluss vertrieben wurden, ein Entschädigungsabkommen ausgehandelt. Umgesetzt wird es bis heute nicht, denn die Regierung hat es noch nicht unterzeichnet. Während des Krieges der Verbrannten Erde der Militärdiktatur gegen die eigene Bevölkerung waren im Zusammenhang mit dem Staudammprojekt im Dorf Rio Negro 440 Maya einem Massaker zum Opfer gefallen.

**Chile** ist erneut Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen um Wasserkraft. Fünf Großstaudämme sollen an den Flüssen Baker und Pascua in der Region Aysén in **Patagonien** entstehen. Eine Fläche von knapp 6.000 Hektar soll überflutet werden. Das auf eine Leistung von 2.750 MW veranschlagte **HydroAysén-Dammprojekt** wird von dem spanisch-chilenischen Konsortium Endesa-Colbún gebaut und soll nach bisherigen Schätzungen 2,2 Milliarden Euro kosten. Die Energie soll in den Tausende Kilometer entfernten Norden abfließen. Mehr als 25 Gemeinden der **Mapuche**-Indianer werden vom Bau der nötigen Überlandleitungen mit ihren 60 Meter hohen Masten direkt betroffen sein. 90 Naturschutzgebiete und sechs Nationalparks wird diese Trasse durchschneiden. Die Mapuche wurden an den Planungen nicht beteiligt. Damit verstößt Chile gegen das indigene Mitbestimmungsrecht (Free Prior Informed Consent) der Konvention 169 der

Internationalen Arbeitsorganisation ILO, die von der Regierung 2008 ratifiziert wurde. Antonio Kadin, Sprecher der Mapuche-Vereinigung Futa Trawun, betonte: „Wir werden die Errichtung der Strommasten auf keinen Fall zulassen.“

Als „Belo Monstro“, schönes Monster, bezeichnet Erwin Kräutler, Bischof der Diözese Xingu und Träger des Alternativen Nobelpreises „Right Livelihood Award“, das **Mega-Staudammprojekt Belo Monte am Xingu-Fluss** im Amazonasregenwald **Brasilens**. Er soll nach Fertigstellung der drittgrößte Staudamm der Welt sein. Nach offiziellen Angaben wird er eine Fläche von mehr als 688 km<sup>2</sup> unter Wasser setzen. Dies entspricht fast der Fläche von Boden- und Neusiedlersee zusammen. Durch den sinkenden Wasserstand des Xingu unterhalb des Dammes werden Nahrungsanbau und Fischfang stark beeinträchtigt und die Wasserwege nach Altamira unterbrochen werden. Indianische und nicht-indianische Flussanrainer leisten heftigen Widerstand. Mehrfach verfügten Gerichte im Bundesstaat Pará Baustopps. Auch die Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten legte entschieden Widerspruch ein. Trotzdem wurde im Frühjahr 2011 die Baugenehmigung erteilt. Damit geraten auch bisher unkontaktierte Indigene, die etwa 70 km vom geplanten Staudamm entfernt beobachtet wurden, in Lebensgefahr. Die brasilianische Verfassung, die ILO-Konvention 169 und die Erklärung der Rechte der indigenen Völker der Vereinten Nationen (beide Instrumente wurden von Brasilien ratifiziert) legen fest, dass die direkt und indirekt betroffenen indigenen Völker ausreichend informiert, ihre Position erfragt, ihr Einverständnis eingeholt und eine mögliche Ablehnung respektiert werden müssen. Doch die meisten indigenen Flussanrainer wurden gar nicht angehört. 60 weitere Wasserkraftwerke werden zurzeit im Amazonasgebiet Brasilens geplant.

Brasilien braucht die Energiereserven seines Nachbarn **Peru**, um seinen Bedarf zu stillen. Die Präsidenten Lula da Silva und Alan García unterschrieben am 16. Juni 2010 ein Abkommen, das den Bau von sechs Wasserkraftwerken im peruanischen Amazonasgebiet vorsieht, darunter die Projekte **Inambari** in der Provinz Madre de Dios und **Paquizapango** am Rio Ene, Region Junin. Beide Projekte liegen nach heftigen Protesten der Anwohner derzeit auf Eis. Das Inambari-Projekt würde 37.800 Hektar Land fluten und die Umsiedlung von 70 Dörfern der **Aymara** erforderlich machen. Damit konnte sich die Regierung Alan Garcia nicht durchsetzen. Die Genehmigung zum Bau des Kraftwerks wurde im Juni 2011 ausgesetzt. Da Peru die Konvention 169 der ILO ratifiziert hat, ist eine Wiederaufnahme des Projekts von der wenig wahrscheinlichen Zustimmung der Aymara abhängig. Auch gegen das Paquizapango-Projekt am Rio Ene gibt es heftigen indianischen Widerstand, hier der **Ashaninka**. Mindestens zehn Gemeinden im Ashaninka-Reservat müssten infolge des Stausees geräumt werden. Die Indianer würden ihre Anbauflächen und damit ihre Lebensgrundlage verlieren. Indianische Organisationen wie das Koordinationskomitee der Ashaninka des Rio Ene (CARE) oder der Dachverband der Tieflandindianer Perus AIDSESEP laufen Sturm gegen das Projekt. Die befristete Genehmigung des Paquizapango-Projekt ist inzwischen ausgelaufen.

Für Häuptling Kapika der **Himba-Ureinwohner im Norden Namibias** ist es eine Frage des Überlebens seines Volkes, ob der Kunene-Fluß wie von der Regierung geplant aufgestaut wird. Seit mehr als 15 Jahren leisten die Himba friedlich

Widerstand gegen das Großprojekt. Selbst bis zu Investoren nach Europa sind sie gereist, um die Vergabe von Geldern an das umstrittene Großprojekt zu verhindern. Bislang mit Erfolg. So verhinderten sie den Bau eines Mega-Staudamms an den Epupa-Wasserfällen am Kunene Fluss. Schon mehrfach musste das Projekt neu konzipiert und verkleinert werden, da die Himba entschiedenen Widerstand leisten. „Wir haben nie einem Staudamm zugestimmt und wir werden es auch niemals tun“, erklärte ein Himba-Ältester. Die 18.000 Ureinwohner fürchten, dass sie ihre traditionelle Lebensform als Nomaden aufgeben müssen, wenn der Fluss aufgestaut wird.

Ähnlich geht es den 10.000 Mursi- und 1.500 Kara-**Ureinwohnern in Äthiopien** sowie 180.000 weiteren Angehörigen indigener Völker am Unterlauf des Omo-Flusses in Äthiopien. Für einen 150 Kilometer langen und 211 Quadratkilometer großen Stausee soll ihr Land geflutet werden. Das 300 Kilometer südwestlich der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba entstehende **Megaprojekt Gibe 3** gilt der Regierung Äthiopiens als Vorzeigeprojekt. Es soll dem armen Land Energie liefern und neue Entwicklungsprojekte ermöglichen. Für die Mursi, Kara und die anderen am Omo-Fluss lebenden indigenen Völker bedeutet es das Aus. Denn wenn der Staudamm errichtet ist, wird es keinen Flussschlamm mehr geben, auf dem die Ureinwohner traditionell ihre Nahrungsmittel anbauen. Rund 100.000 Menschen, die entlang des Omo-Flusses Landwirtschaft betreiben, sind unmittelbar von dem Megaprojekt betroffen. Sie fürchten, dass ihnen ihre Lebensgrundlage entzogen wird und dass sie von internationaler Nahrungsmittelhilfe abhängig werden.

Selbst bei den **Turkana-Nomaden im benachbarten Norden Kenias** löst das Staudammprojekt große Ängste aus. So leben am Turkana-See rund 300.000 Menschen vom Fischfang. Der See würde ohne den Zufluss des Omo austrocknen. Wenn der Fluss so massiv wie geplant aufgestaut wird, wird der Pegelstand des Sees um mindestens zehn Meter sinken. Das wird den Fischreichtum des Gewässers massiv beeinträchtigen und somit auch das Überleben der Turkana ernsthaft gefährden. So werden traditionelle Fischersiedlungen plötzlich nicht mehr am Seeufer, sondern weit im Landesinnern liegen. Dabei leiden die Turkana ohnehin aufgrund des Klimawandels immer häufiger unter Dürrekatastrophen, so dass der Zugang zu Brunnen und Weideland immer schwieriger wird. Ständig kommt es zu Auseinandersetzungen mit anderen Nomaden-Gruppen und Bauern um den Zugang zu Wasser und Weideland. Der Bau des Gibe-3-Staudamms verschärft die ohnehin schon enormen Probleme der Turkana.

Während in Ostafrika mit dem Bau von Großstaudämmen erst begonnen wird, leiden **Indiens** 95 Millionen **Adivasi-Ureinwohner** schon seit Jahrzehnten unter den Folgen dieser Megaprojekte. Mehr als 4.300 Staudämme wurden bereits errichtet, allein in den vergangenen zehn Jahren wurden 300 Dämme gebaut. Mindestens 38.000 Quadratkilometer Land wurden schon geflutet und mehrere Millionen Ureinwohner umgesiedelt. Weltweite Aufmerksamkeit erzielte der Widerstand der Adivasi im Tal des Narmada-Flusses. Doch trotz spektakulärer friedlicher Protestaktionen konnten die Ureinwohner die Flutung des Narmada-Tales nicht verhindern. Nun drohen neue Zwangsumsiedlungen durch das **Polavaram-Großprojekt**. Für das gigantische Staudamm- und Bewässerungsprojekt am Godavari-Fluss sollen rund 300.000

Menschen, darunter 150.000 Ureinwohner umgesiedelt und 276 Dörfer geflutet werden. Doch während der Bundesstaat Andhra Pradesh das Vorhaben mit Hochdruck vorantreibt, lehnen die Landesregierungen der auch davon betroffenen Bundesländer Orissa und Chhattisgarh das umstrittene Megaprojekt ab. Diese Bundesstaaten nutzen alle Rechtsmittel, um den Bau zu verhindern, so dass es für die betroffenen Adivasi noch Hoffnung gibt.

Während die Ureinwohner in der Nähe des Polavaram-Projektes noch darauf hoffen können, dass ihr Widerstand Früchte trägt, ist die Lage für die Adivasi im Nordosten des Landes noch schwieriger. Mindestens 168 Staudämme sollen dort gebaut werden. Dort leben so viele indigene Gemeinschaften wie in kaum einer anderen Region der Welt. Doch die meisten müssen heute um ihr Überleben fürchten, da ihre Felder, Wälder und Dörfer im Namen des Fortschritts geflutet werden sollen.

Dramatisch ist auch die Lage vieler Ureinwohner im angrenzenden **Burma**. Dort plant China den Bau von mehr als 40 Staudämmen, um preiswerte Energie für sich selbst und Nachbarländer zu produzieren. So droht 8.000 Padaung-Ureinwohnern im Shan-Staat die Vertreibung, weil auf ihrem Land und in angrenzenden Wäldern der 61 Quadratkilometer große **Upper-Paunglaung-Stausee** entstehen soll. Die Frauen der Padaung sind wegen ihres Messingschmucks, der in langen Spiralen um Hals, Arme und Beine getragen wird, weltbekannt. Das Baugebiet gilt als die einzig fruchtbare Ebene in der Region, in der Landwirtschaft betrieben werden kann. Die Ureinwohner wurden aufgefordert, ihr Land bis Oktober zu verlassen. Für dessen wurde ihnen eine Entschädigung von nur 50 US-Dollars versprochen.

Im Kachin-Staat in Burma droht 10.000 Kachin-Ureinwohnern die Vertreibung, da auf ihrem Land der **Myitson-Staudamm** erbaut werden soll, durch den 766 Quadratkilometer Fläche geflutet werden. „Wir können nicht das Land und die Häuser verlassen, die unseren Vorvätern gehörten“, erklärte ein christlicher Kachin. Allein im Kachin-Staat plant und finanziert China den Bau von neun Staudämmen. Im Juni 2011 eskalierte der Streit zwischen der Freiheitsbewegung „Kachin Independence Army“ (KIA) und der burmesischen Armee um den Bau neuer Stauseen, so dass die KIA mehrere Brücken und Straßen sprengte, um Bauarbeiter am Zutritt zu den Baustellen zu hindern. Mehr als 10.000 Kachin und Padaung flohen vor den Kämpfen aus ihren Dörfern. So zerstören diese Megaprojekte nicht nur die Lebensgrundlage vieler Ureinwohner in Burma, sondern schüren auch den Krieg zwischen der burmesischen Armee und Freiheitsbewegungen der ethnischen Minderheiten.

**Es geht auch anders:** Einige Staaten haben Gesetze erlassen, mit denen sie versuchen, den natürlichen Verlauf ihrer großen Ströme zu schützen. 1968 wurde in den USA der „Wild and Scenic Rivers Act“ erlassen, der die Verwaltung der Flüsse staatlichen Institutionen unterstellt. Die Bundesregierung darf den Bau von Staudämmen oder andere Eingriffe in den Wasserhaushalt von Flüssen nicht unterstützen, wenn damit das Fließverhalten eines Flusses, die Wasserqualität oder andere herausragende Eigenschaften beeinträchtigt werden. 252 Flüsse konnten damit bis 2009 bereits geschützt werden. Das „Canadian Heritage Rivers System“ wurde 1984 geschaffen und regelt die Zusammenarbeit der Regierungen der

Provinzen, Territorien und des Bundes im Gewässerschutz. Unter bestimmten Bedingungen kann ein Fluss als schützenswert eingestuft werden. Zurzeit besitzen 38 Flüsse diesen Status, für sechs weitere läuft das Genehmigungsverfahren, so auch für den noch unberührten Clearwater-Fluss in Nordalberta, der durch ein Projekt zur Förderung von Teersand gefährdet ist. In Australien gilt seit 1992 der „Wild Rivers Act“. Ein Wild Rivers Committee, an dem Vertreter aller Regierungsebenen, Umweltschützer, Ureinwohner und auch Wissenschaftler beteiligt sind, regelt genau, ob und in welchem Ausmaß die durch das Gesetz erfassten Flüsse genutzt werden dürfen.